

## Inhaltsverzeichnis

<b>A.</b>	<b>Fragestellung</b>	<b>1</b>
<b>B.</b>	<b>Vorgefundene Lösungsansätze</b>	<b>10</b>
<b>I.</b>	<b>Sogenannte Schutznormtheorie</b>	
1.	Schutznorm nach der Art des geschützten Interesses	11
2.	Individualrechtsschutz infolge der Eingliederung in eine besondere Pflichtenordnung	13
3.	Abgrenzbarkeits-Erfordernis	14
4.	Kritik und Alternativen	17
<b>II.</b>	<b>Individualrechtsschutz durch Grundrechte</b>	<b>19</b>
1.	Grundrechtsschutz gegen "nicht in der verfassungsmäßigen Ordnung begründete Nachteile"	
2.	Drittschutz bei unerträglicher oder willkürlicher Grundrechtsbeeinträchtigung	20
<b>C.</b>	<b>Grundlegung</b>	<b>26</b>
<b>I.</b>	<b>Dogmatischer Ausgangspunkt</b>	
1.	Ansatz bei dem Begriff "subjektives öffentliches Recht"	27
2.	Vergleich zwischen adressatenbezogenem Eingriff und mittelbarer Einwirkung auf Dritte	28
3.	Ansatz bei dem Begriff "Popularklage"	31
4.	Rechtsvergleichender Ansatz	32
5.	Ansatz bei den Gründen für und gegen eine Eingrenzung des Individualrechtsschutzes	33

<b>II.</b>	<b>Abwägungsgesichtspunkte</b>	<b>35</b>
1.	Bedürfnis nach einer Befristung des Anfechtungsrechts	36
2.	Wahrung des Steuergeheimnisses	37
3.	Einstweiliger Rechtsschutz	38
4.	Schutz vor mehrfachen Rechtsstreitigkeiten in derselben Sache	39
5.	Erhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit	41
	a) Bedürfnis nach Freiräumen für die Gesetzgebung	
	b) Bedürfnis nach Freiräumen für den Gesetzesvollzug	42
<b>III.</b>	<b>Abwägungszusammenhang</b>	<b>43</b>
1.	Ansiedelung im einfachen Recht oder im Verfassungsrecht	44
2.	Ansiedelung zwischen Individual- und Institutsgarantie (Abgrenzung zwischen Schutzanspruch und Abwehrrecht)	48
3.	Ansiedelung im sachlichen oder im funktionalen Schutzbereich der Grundrechtsnormen	51
4.	Bestimmung der einschlägigen Grundrechtsnorm	52
<b>D.</b>	<b>Konkurrentenschutz aus Art. 3 Abs. 1 GG</b>	<b>55</b>
<b>E.</b>	<b>Konkurrentenschutz aus Art. 12 GG</b>	<b>60</b>
<b>I.</b>	<b>Sachlicher Schutzbereich</b>	
<b>II.</b>	<b>Funktionaler Schutzbereich</b>	<b>61</b>
1.	Der Unterschied zwischen unmittelbarem Eingriff und mittelbarer Einwirkung	62

2.	Das Merkmal der "objektiv berufsregelnden Tendenz"	65
a)	Bloß berufsstandsinterne Wirkungen	66
b)	Berufsstandsübergreifende Wirkungen	67
3.	Die Beschränkung auf die "Freiheit, sich als verantwortlicher Unternehmer wirtschaftlich zu betätigen"	
4.	Die "finale" Drittbeeinträchtigung	71
<b>F.</b>	<b>Konkurrentenschutz aus Art. 14 GG</b>	<b>76</b>
<b>I.</b>	<b>Sachlicher Schutzbereich</b>	
1.	Die Eigentumsfähigkeit des "eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs"	
2.	Abgrenzung zu den "bloßen Chancen und Hoffnungen"	79
a)	Keine prinzipielle Schutzlosigkeit von Erwerbschancen	80
b)	Kein Schutz der Erwartungen an die Entwicklung des Marktes	81
c)	Kein Anspruch auf den Fortbestand marktwidriger Privilegien	82
d)	Anspruch auf Unterlassung von marktfremden Einflüssen	83
3.	Begrenzung auf verfestigte Erwerbschancen	87
<b>II.</b>	<b>Funktionaler Schutzbereich</b>	<b>90</b>
1.	Die unmittelbare Einwirkung	91
2.	"Unmittelbarkeit" in den Beispielfällen	93
3.	Kritik	95

<b>G.</b>	<b>Die Verantwortung für faktische Grundrechtsbeeinträchtigungen</b>	97
I.	Rechtfertigung der Annahme normübergreifender Zurechnungsgesichtspunkte	
II.	Der Sachbezug zwischen grundrechtsgeschützter Individualfreiheit und staatlichem Spielraumbedürfnis	98
III.	Die Doppelverpflichtung zu Achtung und Schutz der Grundrechtsgüter als verantwortungsbegründendes Prinzip	99
IV.	Die Doppelverpflichtung zu Schutz und Achtung der Grundrechtsgüter als zurechnungsbegrenzendes Prinzip	101
V.	Das Sorgfaltsprinzip als Zurechnungsmaßstab	102
<b>H.</b>	<b>Schlußbetrachtung: Die Bedeutung der subjektiven Rechte für das objektive Recht</b>	104
	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	107